



C/43/4 Rev.
ORIGINAL: englisch
DATUM: 22. Oktober 2009

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENF

DER RAT

Dreiundvierzigste ordentliche Tagung
Genf, 22. Oktober 2009

PROGRAMM UND HAUSHALTSPLAN
FÜR DIE RECHNUNGSPERIODE 2010-2011

vom Rat angenommen

1. Auf seiner dreiundvierzigsten ordentlichen Tagung am 22. Oktober 2009 in Genf prüfte der Rat das Dokument C/43/4 „Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011“ und billigte:

a) die in dem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011 enthaltenen Vorschläge, einschließlich des Betrags der Beiträge der Verbandsmitglieder;

b) die vorgeschlagene Höchstgrenze für die Ausgaben im ordentlichen Haushalt, und

c) die Gesamtzahl der Posten für das Verbandsbüro.

2. Der Rat stimmte ferner auf Ersuchen der Delegation Japans auf der achtundsiebzigsten Tagung des Beratenden Ausschusses der Streichung der Worte „und Pazifik“ im ersten Unterabsatz von Absatz 39 a) des Dokuments C/43/4 zu (nun Absatz 37 a) der angenommenen Fassung des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011).

3. Dieses Dokument enthält Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011, wie vom Rat beschlossen.

[Inhaltsverzeichnis folgt]

INHALTSVERZEICHNIS

A. Grundsatzüberlegungen

- **Herausforderungen**
- **Prioritätensetzung**
- **Aufbau des Haushaltsentwurfs**
- **Ergebnisbewertung**

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011

C. Programmbeschreibung

UV.1 Allgemeine Sortenschutzpolitik

UV.2 Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems

UV.3 Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

UV.4 Externe Beziehungen

D. Einnahmen für die Rechnungsperiode 2010-2011

E. Finanzindikatoren 2004-2013

Anlagen I bis III

UPOV-Leitsatz

**Bereitstellung und Förderung eines wirksamen Sortenschutzsystems
mit dem Ziel, die Entwicklung neuer Pflanzensorten
zum Nutzen der Gesellschaft zu begünstigen.**

A. Grundsatzüberlegungen

4. Für den Zeitraum 2010-2011 sind die im Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 enthaltenen Grundsatzüberlegungen nach wie vor weitgehend gültig. Eine im Wandel begriffene Welt stellt jedoch zahlreiche Herausforderungen. Auf internationaler Ebene erfordern Bevölkerungszuwachs, Klimawandel, entsprechende Nachfrage nach Nahrungsmittel- und Energieerzeugung sowie in Entwicklung begriffene menschliche Erfordernisse eine Reaktion in der Landwirtschaftsproduktion, die häufig gleichzeitig mit einer zunehmenden Verknappung und Verteuerung von Boden und Investitionen einhergeht. Landwirtschaft und Gartenbau müssen im Kontext dieser globalen Herausforderungen Lebensmittelsicherheit und Wirtschaftsentwicklung sicherstellen, indem sie auf örtlicher, nationaler und regionaler Ebene reagieren. Der Erfolg der Reaktion auf diese Herausforderungen hängt von einer dynamischen und nachhaltigen Pflanzenzüchtung ab. Das UPOV-System bietet nachgewiesenermaßen einen ermächtigenden Rahmen, der die Pflanzenzüchtung zum Nutzen der Gesellschaft begünstigt.

Herausforderungen

5. In der kommenden Rechnungsperiode 2010-2011 wird es nach wie vor eine notwendige und anspruchsvolle Aufgabe bleiben, einen wirksamen Sortenschutz bereitzustellen und zu fördern, um die Entwicklung neuer Pflanzensorten zum Nutzen der Gesellschaft zu begünstigen. Der im Januar 2006 veröffentlichte UPOV-Bericht über die Auswirkungen des Sortenschutzes zeigte auf, daß sowohl die Umsetzung des UPOV-Übereinkommens als auch die Mitgliedschaft bei der UPOV von wesentlicher Bedeutung sind, um in vollem Umfang in den Genuß der Vorteile zu gelangen, die der Sortenschutz zu erzeugen vermag. Aus dem Bericht geht auch hervor, daß die Erweiterung der UPOV neuen wie bestehenden UPOV-Mitgliedern Vorteile bringt.

6. Der Verband ist bestrebt, gemäß dem UPOV-Übereinkommen sein Sortenschutzsystem so zu verwalten und zu entwickeln, daß die Qualität der von seinen Mitgliedern erteilten Schutztitel zu annehmbaren Kosten gesichert wird. Der Verband bemüht sich um eine verbesserte Effizienz, um die Kosten für die Erwirkung des Sortenschutzes auf ein Mindestmaß zu reduzieren. So sollten die Mitgliedschaft beim Verband und die Beteiligung an einem international harmonisierten System einen wirtschaftlichen Nutzen für das einzelne Verbandsmitglied bringen.

7. In den vergangenen zwei Jahrzehnten nahm die Mitgliedschaft des Verbandes erheblich zu. Ende 1991 zählte der Verband 20 Mitglieder; zu Beginn der Rechnungsperiode 2010-2011

dürfte diese Zahl bei rund 70 Mitgliedern liegen. In den Entwicklungsländern und in den Ländern im Übergang zur Marktwirtschaft wächst das Bewußtsein, daß verbesserte Pflanzensorten ein wichtiges Mittel zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft sind. Mehr Länder erkennen, daß ein zuverlässiger rechtlicher Rahmen die Züchtung moderner Pflanzensorten fördert, die Handelsmöglichkeiten bieten und Einnahmen erzeugen können. In vielen Ländern müssen sich die staatlich finanzierten Institutionen für landwirtschaftliche Forschung und Pflanzenzüchtung zudem aus Gründen der Haushaltsrestriktionen nach Wegen umsehen, ihren Aufwand mittels eines wirksamen Schutzes ihrer neuen Sorten wieder einzubringen, damit sie ihre Forschungs- und Züchtungstätigkeit fortsetzen können.

8. Die nachstehend aufgeführten Staaten und Organisationen bemühten sich um eine Zusammenarbeit mit der UPOV bei der Entwicklung wirksamer Rechtsvorschriften über den Sortenschutz nach dem UPOV-Übereinkommen. Diese Entwicklung setzt besondere Bemühungen seitens des Verbandes voraus, die neuen und die potentiellen Verbandsmitglieder bei der Entwicklung und Umsetzung des Sortenschutzes zu unterstützen und zu beraten. Der Vorrang wird weiterhin neuen und potentiellen Mitgliedern gemäß ihrer Bindung bezüglich des Beitritts zum UPOV-Übereinkommen eingeräumt werden.

Staaten (17) und Organisationen (1), die beim Rat der UPOV das Verfahren für den Beitritt zum Verband eingeleitet haben

Ägypten, Armenien, Bosnien-Herzegowina, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Guatemala, Honduras, Indien, Kasachstan, Malaysia, Mauritius, Montenegro, Peru, Philippinen, Serbien, Simbabwe, Tadschikistan, Venezuela sowie die Afrikanische Organisation für geistiges Eigentum (Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kongo, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik (16)).

Weitere Staaten (45) und Organisationen (1), die mit dem Verbandsbüro in Verbindung standen, um Rechtsvorschriften im Einklang mit dem UPOV-Übereinkommen zu entwickeln

Afghanistan, Algerien, Arabische Republik Syrien, Bangladesch, Barbados, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Demokratische Volksrepublik Laos, Dominica, Dschibuti, El Salvador, Fidschi, Ghana, Griechenland, Guyana, Indonesien, Irak, Islamische Republik Iran, Jamaika, Jemen, Kambodscha, Königreich Bahrain, Kuba, Libanon, Libysch-Arabische Dschamahirija, Madagaskar, Malawi, Mongolei, Myanmar, Nepal, Oman, Pakistan, Sambia, Saudi-Arabien, Seychellen, Sri Lanka, Sudan, Suriname, Thailand, Tonga, Turkmenistan, Uganda, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Republik Tansania, Zypern sowie die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (*Southern African Development Community*).

9. Es wird damit gerechnet, daß die Zahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel, die sich zur Zeit auf rund 10 500 jährlich beläuft, auch in der kommenden Rechnungsperiode zunehmen wird. Die Gesamtzahl der nach dem UPOV-System erteilten Schutztitel wird auf weit über 100 000 geschätzt. Gegenwärtig sind annähernd 73 000 Schutztitel in Kraft. Der Schutz wurde Sorten von schätzungsweise rund 3 000 Gattungen und Arten erteilt. Weitere Aufmerksamkeit ist erforderlich im Bemühen, dafür zu sorgen, daß die Entwicklungen bei anderen Vertragswerken/Foren, wie dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) und dem Internationalen Vertrag über

pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (ITPGRFA), in einer in bezug auf das UPOV-Übereinkommen gegenseitig unterstützenden Weise erfolgen.

10. Der Sortenschutz ist ein hochspezialisiertes Gebiet. Die Grundsätze und Zielsetzungen des UPOV-Übereinkommens sind der breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt. Internationale Organisationen, die von staatlicher Finanzierung abhängen, sind verpflichtet, ihre Rolle und Tätigkeit zu erläutern und am öffentlichen Dialog über Fragen von Belang für ihren Verantwortungsbereich teilzunehmen. Vor diesem Hintergrund muß der Verband sein Leitbild und seine Präsenz in der Öffentlichkeit in der kommenden Rechnungsperiode beibehalten.

Prioritätensetzung

11. Die Grundzüge des Programms für die Rechnungsperiode 2008-2009 bleiben weitgehend auch für die Rechnungsperiode 2010-2011 gültig. Die Prioritäten bleiben unverändert.

12. Gemäß der Anleitung des Rates werden die Tätigkeiten im Einklang mit folgendem Vorgehen durchgeführt werden:

- Dienstleistungen für bestehende Verbandsmitglieder, um die Effektivität und Effizienz des Züchterrechtssystems zu verbessern;
- Setzen von Prioritäten und Konzentration von Information, Beratung und Ausbildungstätigkeit auf neue Verbandsmitglieder sowie auf potentielle neue Mitglieder gemäß ihrer Bindung bezüglich des Beitritts zum UPOV-Übereinkommen;
- Koordinierung von Veranstaltungen;
- Setzen von Prioritäten für die Tätigkeiten im Bereich der externen Beziehungen, und
- Einsatz von Kommunikationstechnologie (z. B. Fernlehrgänge, Videokonferenzen).

13. Es wird vorgeschlagen, die Bemühungen hinsichtlich bestimmter Projekte fortzusetzen, die eingeleitet wurden und bereits beträchtliche Ergebnisse erzielten und die mittel- und langfristige Vorteile bringen dürften:

- Weiterentwicklung von Fernlehrgangsmaterial in allen UPOV-Sprachen mit Schwerpunkt auf der Einführung eines neuen Lehrgangs über die Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Züchterrechten;
- Erarbeitung von Informationsmaterial, einschließlich einer Anleitung zur Ausarbeitung von Rechtsvorschriften (in den UPOV- und anderen Sprachen);
- koordinierter Ansatz für Ausbildung, der die in den kommenden Jahren erwartete wachsende Zahl neuer Verbandsmitglieder reflektiert und die Wirksamkeit der bestehenden Veranstaltungsformen maximiert, wie nationale und regionale

Arbeitstagungen und Seminare, und diese durch neue Vorgehensweisen, wie Fernlehrgänge und den Einsatz von UPOV-Praktikanten, ergänzt;

- Erkundung außeretatmäßiger Finanzierungsquellen und Betrieb einer Webseite „Unterstützung“, um die Zusammenarbeit zu verstärken, und
- Einrichtung und Verbesserung von Datenbanken im Zusammenhang mit verbesserten Dienstleistungen für bestehende und künftige Mitglieder, die ein wirksames Sortenschutzsystem gewährleisten.

14. Vorsorge wurde getroffen, es dem Verbandsbüro zu ermöglichen, Referenten und sonstige Unterstützung für die internationalen Ausbildungslehrgänge bereitzustellen, die von verschiedenen Mitgliedern angeboten werden (Japan, Niederlande, Republik Korea, Schweden, Spanien und Vereinigte Staaten von Amerika).

15. Da sich die Struktur der Unterprogramme der Rechnungsperiode 2008-2009 bewährte, wird vorgeschlagen, diese Struktur in der Rechnungsperiode 2010-2011 wie folgt beizubehalten:

Unterprogramm 1: Allgemeine Sortenschutzpolitik – Dieses schließt politische Orientierung und Koordinierung der Tätigkeiten des Verbandes ein, wie vom Generalsekretär und seinen leitenden Organen (Rat und Beratender Ausschuss) durchgeführt.

Unterprogramm 2: Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems – Hierzu gehört die Leitung und Betreuung des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses und seiner Technischen Arbeitsgruppen und die Bereitstellung juristischer und technischer Unterstützung.

Unterprogramm 3: Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzzüchtungen – Hierzu gehört die Bereitstellung von Beratung, Unterstützung und Ausbildung für bestehende und potentielle Verbandsmitglieder.

Unterprogramm 4: Externe Beziehungen – Dieses umfaßt die Verstärkung des externen Einflusses der UPOV, die Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen und die Erarbeitung von Informationsmaterial.

Aufbau des Haushaltsentwurfs

16. Der vorgeschlagene Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011 sieht im Vergleich zum laufenden Haushaltsplan nahezu das gleiche Einnahmenniveau wie in der Rechnungsperiode 2008-2009 vor und dürfte sich auf rund 6 782 000 CHF stellen (vergleiche Tabellen 1 und 2). Es ist keine Anhebung der Höhe der Beitragseinheit vorgesehen. Die Ausgaben werden in gleicher Höhe wie die veranschlagten Einnahmen veranschlagt. Die Mehrausgaben sind auf höhere Personalkosten zurückzuführen, die Rückstellung in Höhe von 6 % des Gehalts für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen einschließen. Im derzeitigen Haushaltsplan werden 3 % des Gehalts für diese Rückstellung vorgesehen (vergleiche Empfehlung des Rechnungsprüfers, Dokument C/42/4, Anlage B, Absatz 12). Um einen ausgeglichenen Haushalt aufrechtzuerhalten, ist eine erhebliche Senkung der Ausgaben für vertraglich vereinbarte Dienstleistungen erforderlich. Eine Steigerung der Tätigkeiten der

UPOV, um auf die Gesuche um Beratung seitens neuer und künftiger Mitglieder zu reagieren, müßte aus außeretatmäßigen Mitteln finanziert werden. Die Reserven (einschließlich des Reservefonds und des Betriebsmittelfonds) würden sich auf 1 329 000 CH belaufen; der Reservefonds allein würde sich auf 796 000 CHF oder 11,7 % der veranschlagten Ausgaben stellen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß nicht vorgesehen ist, die Empfehlung des Rechnungsprüfers in Anlage B, Absatz 13 des Dokuments C/42/4 betreffend die finanziellen Reserven der UPOV zu befolgen.

Tabelle 1: Einnahmen, Ausgaben und Reserven 2006-2007, 2008-2009 und 2010-2011
(in 1 000 CHF)

	2006-2007 Tatsäch- lich A	2008-2009 Haushalts- plan B	Veränderung		2010-2011 Veran- schlagt D=B+C
			C	C/B	
1. Einnahmen	6 760	6 754	28	0,4 %	6 782
2. Ausgaben	6 214	6 605	177	2,7 %	6 782
Differenz (1-2)	547	149			-
3. Reservefonds	647	796			796
4. Betriebsmittelfonds	513	523			533
5. Reserven insgesamt am Ende der Haushaltsperiode (3+4)	1 160	1 319			1 329

Tabelle 2: Struktur des Haushaltsentwurfs 2010-2011
im Vergleich zu 2006-2007 und 2008-2009
(in 1 000 CHF)

	2006-2007 Tatsäch- lich A	2008-2009 Haushalts- plan B	Veränderung		2010-2011 Veran- schlagt D=B+C
			C	C/B	
1. Personalkosten	4 297	4 607	283	6,1 %	4 890
2. Nichtpersonalkosten					
<i>Reisen und vertraglich vereinbarte Dienstleistungen</i>	542	732	(106)	(14,5 %)	626
<i>Betriebsaufwand, Mobiliar und Gerät</i>	1 375	1 266		-	1 266
3. Insgesamt	6 214	6 605	177	2,7 %	6 782

Ergebnisbewertung

17. Gemäß der im Jahre 2003 eingeführten Praxis wird weiterhin ein System zur Bewertung der Ergebnisse der UPOV angewandt, das Planerfüllungsindikatoren zur Messung der tatsächlichen Ergebnisse verwendet. Der Zweck der Ergebnisbewertung bei der UPOV ist ein doppelter: Erstens erhöht sie die Transparenz für die Verbandsmitglieder und zweitens stellt sie eine konsolidierte Struktur dar, mittels derer die langfristigen Ergebnisse der UPOV verbessert werden können. Ein Ergebnisbewertungsbericht für die Rechnungsperiode 2010-2011 wird als Anlage des Jahresberichts des Generalsekretärs im Oktober 2012 vorgelegt werden; er wird darüber Auskunft geben, inwieweit die erwarteten Ergebnisse erzielt wurden.

B. Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011

18. Das gesamte Tätigkeitsprogramm, das die UPOV in der Rechnungsperiode 2010-2011 durchführen soll, beläuft sich auf 7 212 000 CHF. Dieser Betrag umfaßt 6 782 000 CHF im ordentlichen Haushalt (vergleiche Tabelle 1) und schätzungsweise 430 000 CHF, die im Rahmen von Treuhandvereinbarungen finanziert werden. Tabelle 3 enthält einen Mittelplan für die Rechnungsperioden 2008-2009 und 2010-2011.

Tabelle 3: Mittelplan 2008-2009 und 2010-2011

(in 1 000 CHF)

Haushaltsplan und verfügbare Mittel	<i>Ordentlicher Haushalt A</i>	<i>Treuhand- gelder B</i>	<i>Mittel insgesamt C = A+B</i>
Haushaltsplan 2008-2009			
1 Haushaltsplan	6 605	441	7 046
Verfügbare Mittel 2008-2009			
2 Einnahmen	6 754	441	7 195
3 +/(-) Überweisung von / zu Reserven	(149)	-	(149)
4 Mittel insgesamt	6 605	441	7 046
Haushaltsplan 2010-2011			
5 Haushaltsplan	6 782	430	7 212
Verfügbare Mittel 2010-2011			
6 Einnahmen	6 782	430	7 212
7 +/(-) Überweisung von / zu Reserven	-	-	-
8 Mittel insgesamt	6 782	430	7 212
9 Veränderung 8/4(%)	2,7	-	2,4

Reserven¹ (revidiert)	Ordentlicher Haushalt A	Treuhand- gelder B	Mittel insgesamt C = A+B
10 Stand 31.12.2007	1 160 (647)	175	1 335
11 +/- Überweisung von / zu Reserven	149	-	149
12 Stand 31.12.2009	1 319 ^a (796)	220	1 543
13 +/- Überweisung von / zu Reserven	-	-	-
14 Stand 31.12.2011	1 329 ^a (796)	215	1 544
15 Prozentsatz der veranschlagten Ausgaben	19,6 (11,7)	50,0	21,4

¹ Reservefonds und Betriebsmittelfonds; in Klammern: nur Reservefonds.

^a Schließt den Beitrag neuer Mitglieder an den Betriebsmittelfonds ein (2009: 10 000 CHF; 2011: 10 000 CHF).

19. Tabelle 3 beschreibt auf konsolidierte Weise die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der UPOV sowie die Reserven, einschließlich des Reserve- und des Betriebsmittelfonds. Für den ordentlichen Haushalt 2008-2009 wird nun ein geringfügiger Einnahmenüberschuß erwartet, der den Reserven zugeführt werden wird. Für die Rechnungsperiode 2010-2011 dürften sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten.

20. Treuhandgelder sind freiwillige Geldzuwendungen von Verbandsmitgliedern an die UPOV und werden in der Regel zur Finanzierung eines zwischen dem Verbandsbüro und dem Gebermitglied vereinbarten spezifischen Programms bereitgestellt. Ohne die unabhängigen Entscheidungen von Gebermitgliedern beeinflussen zu wollen, wird damit gerechnet, daß sich der Gesamtbetrag der Treuhandgelder für die Rechnungsperiode 2010-2011 auf 430 000 CHF stellen wird.

21. Die Haushaltsveränderungen nach Ausgabenposten zwischen den Rechnungsperioden 2006-2007 und 2010-2011 gehen aus Tabelle 4 hervor. Die tatsächlichen Ausgaben im Zeitraum 2006-2007 beliefen sich auf 6 214 000 CHF. Der Haushaltsplan für 2008-2009 weist 6 605 000 CHF bzw. eine Zunahme um 6,3 % aus. Der vorgeschlagene Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011 stellt sich auf 6 782 000 CHF, was einer Zunahme von 177 000 CHF bzw. 2,7 % gegenüber dem Haushaltsplan 2008-2009 entspricht.

**Tabelle 4: Vorgeschlagener Haushaltsplan 2010-2011:
Haushaltsveränderungen nach Ausgabenposten**
(in 1 000 CHF)

Ausgabenposten	2006-2007	2008-2009	Mittelveränderung		2010-2011
	Tatsächlich	Haushaltsplan	Betrag	%	Veranschlagt
	A	B	C	C/B	D=B+C
A. Personalkosten					
Posten	4 297	4 517	283	6,3	4 800
Ausgaben für Zeitverträge	-	90	0	0,0	90
Insgesamt	4 297	4 607	283	6,1	4 890
B. Nichtpersonalkosten					
<i>Reisen und Stipendien</i>					
Dienstreisen	310	300	0	0 0	300
Reisen Dritter	42	70	0	0 0	70
Stipendien	-	0	0	nv	0
Insgesamt	352	370	0	0 0	370
<i>Vertraglich vereinbarte Dienstleistungen</i>					
Konferenzen	121	120	20	16,7	140
Berater	3	151	-85	-56,3	66
Veröffentlichungen	61	61	9	14,8	70
Sonstiges	5	30	-30	-100	0
Insgesamt	190	362	-86	-23,8	276
<i>Betriebsaufwand*</i>					
Räume und Instandhaltung	187	0	0	nv	0
Nachrichtenverbindungen und Sonstiges	1 184	0	0	nv	0
Insgesamt	1 371	1 236	0	0,0	1 236
<i>Gerät und Bürobedarf</i>					
Möbiliar und Gerät	-	15	-15	-100	0
Bürobedarf und Material	4	15	-5	-33,3	10
Insgesamt	4	30	-20	-66,7	10
INSGESAMT	6 214	6 605	177	2,7	6 782

* Ab 2008-2009 wird der Betriebsaufwand nicht mehr unterteilt.

22. Aus Tabelle 5 geht die Anzahl Posten nach Postenkategorien hervor. Der Posten des Generalsekretärs ist in dieser Zahl enthalten, jedoch ohne Kosten, da der derzeitige Generaldirektor der WIPO ein Gehalt oder Zulagen für seine Funktion als Generalsekretär der UPOV abgelehnt hat. Zur Zeit sind zwei der Posten in der Kategorie „Allgemeiner Dienst“ zu 80 % besetzt. Es wird vorgeschlagen, daß diese Situation und die höhere Arbeitsbelastung infolge des Wachstums des Verbandes in arbeitsintensiven Perioden des Jahres durch befristete Unterstützung in der Kategorie „Allgemeiner Dienst“ erleichtert werden soll.

Tabelle 5: Haushaltsplan 2010-2011: Posten nach Kategorien

<i>Postenkategorie</i>	2006-2007	2008-2009	Änderung	2010-2011
	A	B	C-B	Veranschlagt
Direktorendienst	3	3	-	3
Höherer Dienst	4	3	-	3
Allgemeiner Dienst	4	5	-	5
Insgesamt	11	11	-	11

23. Angesichts der Einschränkungen auf der Einnahmenseite werden Dienstreisen in gleicher Höhe wie im Haushaltsplan 2008-2009 (300 000 CHF) veranschlagt. Ausgaben für Reisen Dritter werden insbesondere aufgewandt, um auf die Ersuchen neuer Verbandsmitglieder um praktische Unterstützung in technischen Angelegenheiten des Sortenschutzes zu reagieren, was die Beteiligung erfahrener Sachverständiger aus anderen UPOV-Mitgliedern erfordert.

24. Die vertraglich vereinbarten Dienstleistungen sind auf einer reduzierten Höhe (276 000 CHF) im Vergleich zu 2008-2009 veranschlagt, mit einer Rückstellung, die im wesentlichen die Kosten für UPOV-Tagungen im Hauptsitz decken soll. Es wird vorgeschlagen, eine Zuweisung von 66 000 CHF für Fachunterstützung bei der Erarbeitung von UPOV-Informationsmaterial und der Einrichtung der Website vorzusehen.

25. Nach erheblichen Senkungen und Klärungen im Programm und Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 bezüglich des Unterpostens „Sonstiges“ und des Postens „Betriebsaufwand“ werden die Ausgaben unter diesen Posten unverändert belassen. Die Ausgaben für „Gerät und Bürobedarf“ dürften unter denjenigen im Haushaltsplan 2008-2009 (10 000 CHF) liegen.

26. Tabelle 6 enthält die veranschlagten Haushaltszuweisungen nach Unterprogrammen.

Tabelle 6: Vorgeschlagener Haushaltsplan 2010-2011: Zuweisung nach Ausgabenposten
(in 1 000 CHF)

<i>Ausgabenposten</i>	<i>Unterprogramm</i>				<i>Insgesamt</i>
	<i>UV.1</i>	<i>UV.2</i>	<i>UV.3</i>	<i>UV.4</i>	
A. Personalkosten	818	2 285	1 190	597	4 890
Posten	818	2 195	1 190	597	4 800
Ausgaben für Zeitverträge	-	90	-	-	90
B. Nichtpersonalkosten					
<i>Reisen und Stipendien</i>	0	125	165	80	370
Dienstreisen	0	115	115	70	300
Reisen Dritter	0	10	50	10	70
Stipendien	0	-	-	-	-
<i>Vertraglich vereinbarte Dienste</i>	55	140	81	0	276
Konferenzen	55	70	15	-	140
Berater	0	0	66	-	66
Veröffentlichungen	0	70	-	-	70
Sonstiges	0	0	-	-	0
<i>Betriebsaufwand</i>	0	1 236	0	0	1 236
<i>Gerät und Bürobedarf</i>	0	10	0	0	10
Möbiliar und Gerät	0	0	0	0	0
Bürobedarf und Material	0	10	0	0	10
INSGESAMT	873	3 796	1 436	677	6 782

27. Wie bereits in Abschnitt A umrissen, ist der Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011 in vier Unterprogramme gegliedert: Allgemeine Sortenschutzpolitik, verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems, Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen und externe Beziehungen. Die Personalkosten wurden nach Unterprogrammen als Anteil der Arbeitszeit der Mitarbeiter zugewiesen, die für jedes Unterprogramm aufgewandt werden dürfte. Die Nichtpersonalkosten wurden nach Unterprogramm gemäß den voraussichtlichen Tätigkeiten aufgeteilt. Es ist anzumerken, daß die gemeinsamen Ausgaben mit der WIPO für die der UPOV erbrachten Verwaltungsdienste im Unterprogramm UV.2 ausgewiesen sind.

28. Tabelle 7 gibt ferner die Haushaltsveränderungen nach Unterprogrammen zwischen dem Haushaltsplan 2009-2008 und dem vorgeschlagenen Haushaltsplan 2010-2011 an.

Tabelle 7: Haushaltsveränderung nach Unterprogrammen
(in 1 000 CHF)

<i>Unterprogramm</i>	<i>2008-2009</i>	<i>Veränderung</i>		<i>2010-2011</i>
	<i>A</i>	<i>Betrag B</i>	<i>% B/A</i>	<i>Veranschlagt C=A+B</i>
UV.1	821	52	6,3	873
UV.2	3 802	-6	-0,2	3 796
UV.3	1 390	46	3,3	1 436
UV.4	592	85	14,4	677
INSGESAMT	6 605	177	2,7	6 782

C. Programmbeschreibung

Unterprogramm UV.1

Allgemeine Sortenschutzpolitik

Ziele:

- ◆ Politische Orientierung und Geschäftsführung.
- ◆ Planung, Umsetzung und Bewertung des Programms und des Haushaltsplans.

Hintergrund

29. Dieses Unterprogramm bietet den Rahmen für die Beschlußfassung, Verwaltung und Koordinierung aller Tätigkeiten des Hauptprogramms der UPOV, die unter der Leitung der leitenden Organe (Rat und Beratender Ausschuß) durchgeführt werden.

Tätigkeiten

- Vier Tagungen des Rates und vier Tagungen des Beratenden Ausschusses.
- Koordinierung, Überwachung und Ergebnisbewertung des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011.
- Aufstellung und Annahme des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2012-2013.

Unterprogramm UV.2

Verbesserte Dienstleistungen für die Verbandsmitglieder / Sicherung eines wirksamen Sortenschutzsystems

Ziele:

- ◆ Wahrung und Verbesserung der Qualität des vom UPOV-System gewährten Schutzes.
- ◆ Bereitstellung und Entwicklung der rechtlichen und technischen Grundlage für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sortenschutzes nach der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.

Hintergrund

30. Das UPOV-Übereinkommen, das sich im Laufe von nahezu fünfzig Jahren Anwendung entwickelte, erwies sich als geeignetes Instrument zur Förderung der Pflanzenzüchtung zum Nutzen der Gesellschaft. Der technische Fortschritt und die Ausdehnung der Grundsätze des Sortenschutzes auf praktisch alle Regionen der Welt sowie auf Staaten mit sehr unterschiedlichem Stand der Wirtschaftsentwicklung erfordern, daß die Verbandsmitglieder das Übereinkommen unter sich ständig verändernden Bedingungen anwenden müssen. Es ist wesentlich, ein gegenseitiges Verständnis sicherzustellen und klare Richtlinien aufzustellen.

31. Eine Besonderheit des Verbandes ist, daß er das Gewicht nachdrücklich auf die Zusammenarbeit und den internationalen Austausch im technischen Bereich des Sortenschutzes legt. Der Schutz wird erteilt, wenn eine Sorte unterscheidbar, homogen und beständig (DUS) ist und die übrigen Voraussetzungen im UPOV-Übereinkommen erfüllt. Die Entscheidung darüber, ob die DUS-Voraussetzungen erfüllt sind, stützt sich in der Regel auf Prüfungen, die den Anbau der Sorte erfordern. Um Ergebnisse zu erzielen, die im gesamten Verband vergleichbar sind, müssen harmonisierte Ansätze für die Sortenprüfung entwickelt und gemäß der erworbenen Erfahrung aktualisiert werden. Dieses harmonisierte Vorgehen ermöglicht Zusammenarbeit, Spezialisierung und Austausch der Ergebnisse zwischen den für den Sortenschutz zuständigen Behörden. Dies ist einer der wichtigsten Faktoren bei der Umsetzung eines wirksamen Systems zu angemessenen Kosten.

32. Die Förderung der rechtlichen und technischen Entwicklung dieses Systems wird hauptsächlich durch die Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, des Technischen Ausschusses, der Technischen Arbeitsgruppen und ihrer Untergruppen erzielt. Das Verbandsbüro ist für die Organisation dieser Tagungen und die Erstellung der entsprechenden Unterlagen zuständig.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Verstärkte internationale Harmonisierung der Umsetzung des UPOV-Übereinkommens.	1. Abfassung oder Annahme von Erläuterungen zum UPOV-Übereinkommen.
2. Verstärkte internationale Harmonisierung bei der Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS) neuer Sorten.	2. TGP-Dokumente oder Prüfungsrichtlinien für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS) neuer Sorten, die dem Rat der UPOV oder seinen Ausschüssen vorgeschlagen oder von diesen angenommen werden.
3. Verbesserter Zugang zu Informationen, die für die Prüfung der Anträge wesentlich sind.	3. Verbesserung der Datenbank für Pflanzensorten (UPOV-ROM) und Betrieb einer webbasierten Version (in Zusammenarbeit mit WIPO): a) Bereitstellung von Optionen für den Empfang von Daten, b) Unterstützung bei der Zuordnung der UPOV-Codes zu allen Einträgen, c) Betrieb einer gemeinsamen Suchplattform mit anderen einschlägigen Datenbanken.
4. Verbesserter Zugang zu Informationen, die für die Zusammenarbeit bei der Prüfung wesentlich sind.	4. 1 Betrieb der GENIE-Datenbank auf der UPOV-Website. 4.2 Einträge in das Dokument über austauschbare Software.

Tätigkeiten

- Vier Tagungen des Verwaltungs- und Rechtsausschusses, zwei Tagungen des Technischen Ausschusses, 11 Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen und ihrer jeweiligen vorbereitenden Arbeitstagungen, Tagungen der Ad-hoc-Arbeitsgruppen.
- Entwicklung und Aktualisierung der juristischen und technischen Beratung.
- Erstellung von Prüfungsrichtlinien nach Maßgabe der Erweiterung der UPOV und der laufenden Entwicklungen auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung;
- Ausarbeitung von Dokumenten über die Verfahren für die Prüfungsrichtlinien (TGP) gemäß dem vom Technischen Ausschuss angenommenen und vom Rat gebilligten Programm.
- Bewertung neuer Verfahren für die Prüfung der Unterscheidbarkeit, der Homogenität und der Beständigkeit (DUS).
- Prüfung der etwaigen Verwendung molekularer Marker bei der DUS-Prüfung und der Sortenidentifikation.
- Ausarbeitung von Erläuterungen zum UPOV-Übereinkommen.

- Verbesserungen der Datenbank für Pflanzensorten (UPOV-ROM) und Betrieb der GENIE-Datenbank der UPOV. Die Entwicklung einer webbasierten Version der UPOV-Datenbank für Pflanzensorten dürfte in der Rechnungsperiode 2010-2011 abgeschlossen werden. Ausarbeitung und Annahme von Regeln für den Zugang zur und die Nutzung der webbasierten Datenbank für Pflanzensorten.
- Erstellung und Annahme von Informations- und Positionspapieren durch den Rat.
- Nach Bedarf Seminare oder Symposien über einschlägige Themen.

Unterprogramm UV.3

Ausdehnung des Geltungsbereichs des Schutzes von Pflanzenzüchtungen

Ziele:

- ◆ Unterstützung der Staaten und bestimmter Organisationen, insbesondere der Regierungen der Entwicklungsländer und der Länder im Übergang zur Marktwirtschaft, bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens entsprechen.
- ◆ Unterstützung von Staaten und bestimmten Organisationen beim Beitritt zur Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.
- ◆ Unterstützung von Staaten und bestimmten Organisationen bei der Umsetzung wirksamer Sortenschutzsysteme nach der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens.

Hintergrund

33. Der im Jahre 2006 veröffentlichte UPOV-Bericht über die Auswirkungen des Sortenschutzes zeigte auf, daß sowohl die Umsetzung des UPOV-Übereinkommens als auch die Mitgliedschaft bei der UPOV für Staaten/Organisationen von wesentlicher Bedeutung sind, um in vollem Umfang in den Genuß der Vorteile und der wirtschaftlichen Anreize zu gelangen, die der Sortenschutz zu erzeugen vermag. Es besteht ein nachfragebedingter Bedarf an Unterstützung der Verbandsmitglieder, die dem Verband in jüngerer Vergangenheit beigetreten sind, bei der Umsetzung ihres auf dem UPOV-System beruhenden Sortenschutzsystems. Einer der bedeutendsten Vorteile für neue Verbandsmitglieder besteht darin, daß sie unverzüglich in den Genuß der vom Verband im Laufe jahrzehntelanger Tätigkeit gesammelten Erfahrung gelangen. Dies dürfte es ihnen ermöglichen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ein wirksames System aufzubauen.

34. Über 50 Staaten, die nicht Verbandsmitglieder sind, bekundeten deutlich Interesse an der Entwicklung eines Sortenschutzsystems aufgrund der vom Verband entwickelten Grundsätze. Viele unter ihnen nahmen Gespräche über Meinungen mit dem Verbandsbüro zu diesen Fragen auf. Die UPOV als führende internationale Organisation in allen Sortenschutzfragen hat die Verantwortung, Unterstützung und Beratung zu gewähren. Dies setzt ein systematisches Vorgehen nach Maßgabe der in jedem spezifischen Falle erforderlichen Informationen voraus. Dazu gehören erste Besuche bei Staaten und bestimmten Organisationen im Hinblick auf die Erteilung allgemeiner Auskünfte über den Sortenschutz, Seminare mit dem Ziel, die Sortenschutzkreise (Beamte, Züchter und Landwirte) zu sensibilisieren, Teilnahme am Fernlehrgangsprogramm der UPOV, Arbeitstagungen zur Erläuterung spezifischer Elemente des Sortenschutzes, Konsultationen zur Unterstützung bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften gemäß dem UPOV-Übereinkommen sowie Ausbildungslehrgänge für technische Prüfer und Verwaltungsbeamte. Die Erweiterung des UPOV-Systems auf zusätzliche Mitglieder und dessen Anwendung auf weitere Gattungen und

Arten wird dessen globale Effizienz ebenfalls erhöhen und ist von Nutzen für die Volkswirtschaften der bestehenden und der künftigen Verbandsmitglieder.

35. Die Mittel im ordentlichen Haushalt der UPOV zur Finanzierung der im Rahmen dieses Unterprogramms erforderlichen Tätigkeiten sind begrenzt. Der Rat wies das Verbandsbüro an, seine Dienstleistungen auf die Verbandsmitglieder, neue Mitglieder und diejenigen Staaten/zwischenstaatlichen Organisationen zu konzentrieren, die klare Zusagen abgegeben haben, der UPOV in absehbarer Zukunft beizutreten. Diese Politik entspricht einer der wichtigsten Erkenntnisse des UPOV-Berichts über die Auswirkungen des Sortenschutzes, nämlich daß lediglich diejenigen Staaten, die das UPOV-Sortenschutzsystem anwenden und Verbandsmitglieder sind, in den vollen Genuß der Vorteile gelangen, die der Sortenschutz zu erzeugen vermag.

36. Gegebenenfalls werden nach Möglichkeit nationale oder regionale Seminare in Verbindung mit den Tagungen der Technischen Arbeitsgruppen der UPOV abgehalten, um die Reisekosten möglichst zu reduzieren und die Präsenz erfahrener DUS-Sachverständiger zu nutzen. Diese Seminare werden zudem durch die Teilnahme an Fernlehrgängen ergänzt; der erste einer Serie dieser Lehrgänge wurde im Rahmen des Programms und Haushaltsplans 2004-2005 durchgeführt. Seither nahmen über 1 100 Studierende daran teil. Verschiedene Verbandsmitglieder nahmen aufgrund der Ermunterung durch das Verbandsbüro den UPOV-Fernlehrgang als Baustein in ihre internationalen Ausbildungslehrgänge auf.

37. Ein bedeutendes Merkmal dieses Unterprogramms besteht darin, einen Rahmen zu schaffen, in dem das Verbandsbüro seine Ressourcen mit Finanzmitteln und Sachleistungen, die von Verbandsmitgliedern und sonstigen Organisationen bereitgestellt werden, effizient ergänzen kann. Allgemein läßt sich diese Unterstützung wie folgt gliedern:

a) *Finanzmittel*

Beispiele für entsprechende Finanzmittel sind:

- die von der japanischen Regierung bereitgestellten Treuhandgelder für Aktivitäten in der Region Asien;
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der französischen Regierung für Seminare in Afrika;
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der spanischen Regierung für Seminare in Lateinamerika oder Spanien;
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der schwedischen Regierung für Seminare in Zentralasien;
- Finanzielle Unterstützung (und Sachleistungen) seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für Seminare in Afrika und Asien;
- Finanzielle Unterstützung seitens dritter Geber.

b) Sachleistungen

Eine wichtige Ressource für die Tätigkeit der UPOV ist die Unterstützung mit Sachleistungen, die von zahlreichen Verbandsmitgliedern in Form von DUS-Sachverständigen bereitgestellt werden, die auf UPOV-Veranstaltungen als Referenten auftreten oder technische Unterstützung leisten (z. B. austauschbare Software wie das DUST-Programm (Vereinigtes Königreich) und GAIA (Frankreich). Eine besonders wichtige Form von Unterstützung mit Sachleistungen sind mittelfristige Praktika für geeignete qualifizierte Bedienstete, die in vollem Umfang von den Mitgliedern finanziert werden (zur Zeit stellt die Republik Korea einen Praktikanten bereit).

c) Unterstützung von Ausbildungsveranstaltungen, die von den Verbandsmitgliedern durchgeführt werden

Verschiedene Verbandsmitglieder bieten internationale Ausbildungslehrgänge auf dem Gebiet des Sortenschutzes oder in verwandten Gebieten an (Japan, Niederlande, Republik Korea, Schweden, Spanien und Vereinigte Staaten von Amerika). Das Verbandsbüro bemüht sich, diese Veranstaltungen durch Bereitstellung von Referenten, Erleichterung der Teilnahme an den UPOV-Fernlehrgängen und mittels anderweitiger Sachleistungen zu unterstützen

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Einführung einer Rechtsgrundlage für den Sortenschutz nach der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens durch eine wachsende Zahl von Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen.	1.1 Anzahl Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen. 1.2 Kommentare zu Rechtsvorschriften und Verordnungen, die von Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen berücksichtigt wurden.
2. Umsetzung des Sortenschutzes gemäß dem UPOV-Übereinkommen.	2. Anzahl eingeleiteter/durchgeführter Ausbildungsveranstaltungen.
3. Erweiterung der Kompetenz für die Bereitstellung einer Ausbildung auf dem Gebiet des Sortenschutzes.	3. Anzahl Ausbildungsveranstaltungen, die von durch die UPOV geschulten Ausbildern erteilt werden.
4. Teilnahme an UPOV-Fernlehrgängen.	4.1 Anzahl Teilnehmer an den UPOV-Fernlehrgängen. 4.2 Ausgearbeitetes Lehrmaterial / Durchführung des Fernlehrgangs über die Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Züchterrechten.
5. Geographische Erweiterung des UPOV-Systems.	5. Weitere Verbandsmitglieder.
6. Anzahl Gattungen und Arten, für die der Schutz angeboten wird.	6.1 Anzahl Gattungen/Arten, die von den Verbandsmitgliedern geschützt werden. 6.2 Anzahl Gattungen/Arten, deren Sorten den Schutz erhielten.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
7. Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Spezialisierung im Sortenschutzwesen.	7.1 Anzahl bilateraler und regionaler Sortenschutzvereinbarungen. 7.2 Zugang zu den in der GENIE-Datenbank enthaltenen Informationen über die verfügbare Erfahrung und die Zusammenarbeit bei der DUS-Prüfung.
8. Anreize für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft der betreffenden Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen.	8.1 Anzahl erteilter Schutztitel. 8.2 Anzahl Schutztitel, die in Kraft sind.
9. Webseite „Unterstützung“.	9. Angebote für/Gesuche um Unterstützung, Berichte.

Tätigkeiten

- Beratung von Staaten und bestimmten Organisationen (für Lateinamerika, Afrika, die arabischen Länder, die Länder im Übergang zur Marktwirtschaft und die Region Asien und Pazifik).
- Durchführung eines Fernlehrgangsprogramms in allen UPOV-Sprachen; Ergänzung durch einen Lehrgang über die Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Züchterrechten.
- Bereitstellung einer Unterstützung für künftige Ausbilder und Auffrischungslehrgänge für Ausbilder.
- Betrieb einer Datenbank für die Unterstützung bei der Umsetzung des Sortenschutzes.
- Einwerbung außeretatmäßiger Finanzmittel.
- Bereitstellung mehrjähriger Praktika mit voller Kostendeckung durch die Verbandsmitglieder.

Unterprogramm UV.4

Externe Beziehungen

Ziele:

- ◆ Verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die UPOV und Erhöhung ihres Einflusses.
- ◆ Vertiefung des Verständnisses der Rolle und Tätigkeit der UPOV.
- ◆ Entwicklung des Leitbildes der UPOV.
- ◆ Wahrung der Attraktivität des UPOV-Systems.

Hintergrund

38. In den letzten Jahren zog der Schutz des geistigen Eigentums im allgemeinen mehr Aufmerksamkeit auf sich. Das UPOV-System ist ein wirksames und wohlausgewogenes System *sui generis* zum Schutz des geistigen Eigentums. Die UPOV hat ihre Rolle und die Antworten, die sie auf die in entsprechenden Politikbereichen aufgeworfenen Fragen gibt, zu erläutern und deutlich zu machen.

39. Der Rat erkennt, daß sich die UPOV aktiv an der einschlägigen Arbeit folgender Organisationen beteiligen muß: der WTO und insbesondere ihres Rates für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Rat für TRIPS), der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) und insbesondere ihrer verschiedenen Ausschüsse und Arbeitsgruppen für Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich, sowie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und insbesondere des Verwaltungsrates des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft und der Kommission für pflanzengenetische Ressourcen für die Ernährung und die Landwirtschaft. Ziel der Teilnahme der UPOV ist es, das UPOV-Sortenschutzsystem zu erläutern und die gegenseitige Ergänzung zu gewährleisten.

40. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Antwort der UPOV an das Sekretariat des CBD bezüglich des Zugangs zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich (Anlage III des Dokuments C/37/21) sowie auf eine Reihe darauf beruhender Stellungnahmen auf Foren des CBD und der FAO hingewiesen.

41. Von besonderem Belang im Rahmen der externen Beziehungen sind die Kontakte der UPOV mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in bezug auf das Saatguthandelssystem der OECD sowie mit der Internationalen Vereinigung für Saatgutprüfung (ISTA).

42. Es besteht Interesse seitens einiger Zentren der Beratenden Gruppe für die internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR) an einer Zusammenarbeit mit der UPOV. Dies betrifft

insbesondere das Internationale Reisforschungsinstitut (IRRI), das Internationale Zentrum für landwirtschaftliche Forschung in Dürregebieten (ICARDA) und *Bioversity International* (ehemaliges Internationales Institut für pflanzengenetische Ressourcen, IPGRI).

43. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen konzentriert sich die UPOV auf weltweite Züchterverbände wie die Internationale Gemeinschaft der Züchter vegetativ vermehrbare Zier- und Obstpflanzen (CIOPORA) und den Internationalen Saatgutverband (ISF) sowie auf regionale Züchterverbände, u. a. den Afrikanischen Saatguthandelsverband (AFSTA), die Saatgutvereinigung für Asien und den Pazifik (APSA), die *European Seed Association* (ESA), die *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Semillistas* (FELAS) und die *Seed Association of the Americas* (SAA).

44. Die Website der UPOV hat sich zu einem bedeutenden Mittel der Verständigung mit den Verbandsmitgliedern und der Öffentlichkeit entwickelt. Die Aufnahme von Dokumenten in die Website ersetzte weitgehend den Postversand von Papierexemplaren durch das Verbandsbüro. Die Standpunkte der UPOV zu wichtigen Fragen werden der Öffentlichkeit über die Website zur Kenntnis gebracht. Die Datenbanken der UPOV werden im Verlauf der Rechnungsperiode 2010-2011 auf der Website verfügbar sein. Weitere Produkte des Verbandsbüros, wie die *UPOV Gazette and Newsletter „Plant Variety Protection“* und die UPOV-ROM-Datenbank für Pflanzensorten, werden weiterhin produziert und verbreitet. Allgemeines Informationsmaterial über die UPOV wird weiter verbessert werden, und bedeutende Ergebnisse der Arbeit der UPOV, wie der „UPOV-Bericht über die Auswirkungen des Sortenschutzes“, sollen aktualisiert werden und weiterhin auf der Website und in Buchform verfügbar sein.

45. Der bei der Verstärkung des Profils der UPOV in der Öffentlichkeit erzielte Erfolg setzt die Aufrechterhaltung der Tätigkeiten und Ressourcen im Rahmen dieses Unterprogramms auf dem heutigen Niveau voraus.

<u>Erwartete Ergebnisse</u>	<u>Planerfüllungsindikatoren</u>
1. Anerkennung der Bedeutung des UPOV-Systems durch einschlägige Organisationen.	1.1 Anzahl Gelegenheiten, bei denen die UPOV zur Teilnahme an oder zu Referaten auf Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen eingeladen wird. 1.2 Aufnahme von Bestimmungen, die den UPOV-Grundsätzen entsprechen, in internationale Vertragswerke und deren Umsetzung.
2. Besseres Verständnis der fundamentalen Grundsätze des UPOV-Übereinkommens.	2.1 Anzahl eingegangener Ersuchen um Auskünfte. 2.2 Anzahl Hinweise auf das UPOV-System in den Medien. 2.3 Anzahl Besuche auf der UPOV-Website. 2.4 Informationen über die Auswirkungen des Sortenschutzes.

Tätigkeiten

- Weitere Optimierung und Aktualisierung des Informationsmaterials und der Informationsverfahren der UPOV (Druckmaterial und Website).
- Aktualisierung und Veröffentlichung von Informationen über die Auswirkungen des Sortenschutzes.
- Teilnahme an Sitzungen von zwischenstaatlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.

D. Einnahmen in der Rechnungsperiode 2010-2011

46. Der in Abschnitt B enthaltene Mittelplan, der den vorgeschlagenen Entwurf des Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011 beschreibt (vergleiche Tabelle 3), weist zwei verschiedene Arten von Mitteln aus: i) die Mittel im ordentlichen Haushalt und ii) die Treuhandgelder. Es ist zu erwähnen, daß nichtgeldliche Beiträge (Sachleistungen), insbesondere technische Unterstützung und Ausbildungsveranstaltungen von Verbandsmitgliedern, im Haushaltsplan der UPOV nicht ausgewiesen sind.

47. Die Gesamteinnahmen im ordentlichen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011 dürften sich auf 6 782 000 CHF stellen. Dieser Einnahmenbetrag liegt um 28 000 CHF bzw. 0,4 % höher als die Einnahmen von 6 754 000 CHF für die Rechnungsperiode 2008-2009. Diese Prognose geht insbesondere von 60,40 Beitragseinheiten im Jahre 2010 und 61 Beitragseinheiten im Jahre 2011 aus und sieht keine Änderung der Höhe der Beitragseinheit vor, die in den kommenden zwei Jahren bei 53 641 CHF verbleiben soll. Die Einnahmen aus Beiträgen wurden aufgrund der Annahme veranschlagt, daß drei neue Verbandsmitglieder pro Jahr je 0,2 Beitragseinheiten an den Haushaltsplan (und 1 667 CHF an den Betriebsmittelfonds) entrichten. Es wurde jedoch auch berücksichtigt, daß zwei Verbandsmitglieder mit Wirkung ab 2009 bzw. 2010 ihren Beitrag um 0,3 bzw. 1 Beitragseinheit reduzierten. Der Rat entschied auf seiner dreiundzwanzigsten außerordentlichen Tagung vom 7. April 2006 in Genf, daß „die Verbandsmitglieder die Zahl ihrer Beitragseinheiten nicht nach unten revidieren sollten, ohne die Auswirkungen für die UPOV zu bedenken und zu überlegen, wie diese Reduzierung durch andere Verbandsmitglieder ausgeglichen würde. Insbesondere sollten die Verbandsmitglieder die Anzahl ihrer Beitragseinheiten während einer vom Rat gebilligten Haushaltsperiode nur unter außergewöhnlichen und unvermeidlichen Umständen reduzieren“ (Anlage III des Dokuments C(Extr.)/23/5). Auf dieser Grundlage ist in der Rechnungsperiode 2010-2011 keine weitere Reduzierung vorgesehen.

48. Nebst den Beiträgen der Verbandsmitglieder generiert die UPOV Mittel aus dem Verkauf von Veröffentlichungen von schätzungsweise 70 000 CHF, aus der Verzinsung von Bankeinlagen aus dem Reserve- und dem Betriebsmittelfonds von schätzungsweise 100 000 CHF sowie sonstige verschiedene Einnahmen in Höhe von 100 000 CHF, einschließlich der Kosten für Verwaltungsunterstützung im Rahmen der Treuhandgelder und Einnahmen aus Teilnahmegebühren für das UPOV-Fernlehrgangsprogramm. Ohne die Beiträge dürften diese Einnahmequellen in der Rechnungsperiode 2010-2011 insgesamt 4,0 % der ordentlichen Einnahmen der UPOV ausmachen. Tabelle 8 führt die Einnahmen nach Quellen für beide Rechnungsperioden detailliert auf.

Tabelle 8: Einnahmen 2008-2009 und 2010-2011: Veränderung nach Quellen
(in 1 000 CHF)

<i>Quelle</i>	<i>2006-2007</i> <i>Tatsächlich</i>	<i>2008-2009</i> <i>Angenommen</i>	<i>Veränderung</i>		<i>2010-2011</i> <i>Veranschlagt</i>
	<i>A</i>	<i>B</i>	<i>C</i>	<i>C/B(%)</i>	<i>D=B+C</i>
Beiträge	6 485	6 534	(22)	(0,3)	6 512
Veröffentlichungen	68	70	-	-	70
Zinsen	105	70	30	42,9	100
Sonstiges	102	80	20	25,0	100
Insgesamt	6 760	6 754	28	0,4	6 782

E. Finanzindikatoren 2004-2013

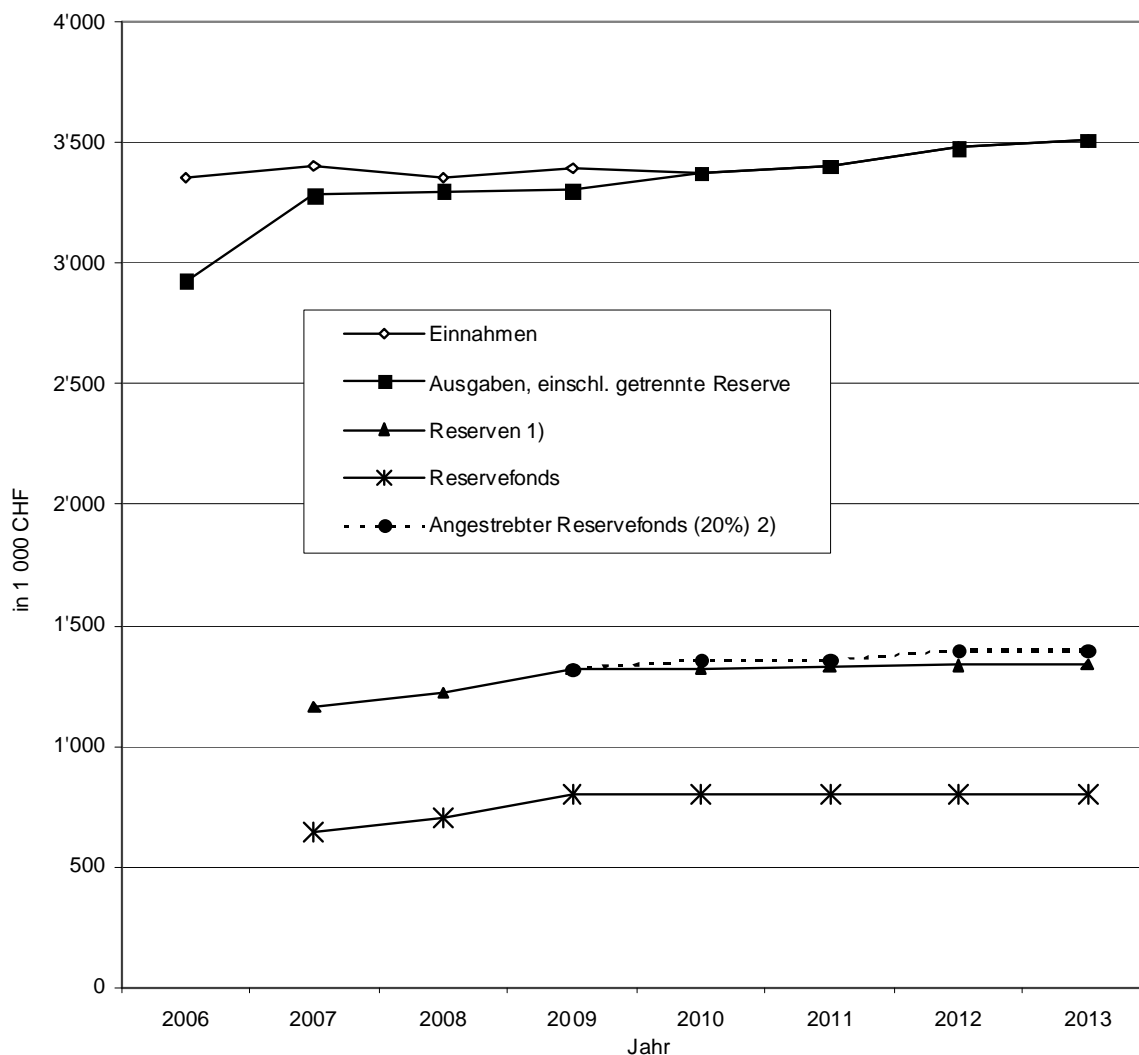
49. Der vorgeschlagene Entwurf eines Programms und Haushaltsplans für die Rechnungsperiode 2010-2011 umfaßt eine Darstellung der Finanzindikatoren über einen Zeitraum von zehn Jahren, einschließlich zweier Jahre über die neue Rechnungsperiode hinaus, sowie Informationen aus der jüngsten Vergangenheit. Die Darstellung der Finanzindikatoren soll den vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011 in einen Kontext stellen: Angabe der Trends und Beurteilung der künftigen finanziellen Nachhaltigkeit. Diese Auskünfte werden erteilt, um den Verbandsmitgliedern die Überprüfung und Entscheidung bezüglich des vorgeschlagenen Programms und Haushaltsplans zu erleichtern, und sollten nicht als spezifisches finanzielles Engagement oder eine Billigung der Finanzen über das Jahr 2011 hinaus ausgelegt werden. Aus Tabelle 9 und dem nachstehenden Diagramm geht die Entwicklung des ordentlichen Haushaltsplans in bezug auf Einnahmen, Ausgaben und Höhe des Reserve- und des Betriebsmittelfonds hervor.

Tabelle 9: Einnahmen, Ausgaben und Reserven 2004-2013
(in 1 000 CHF)

	<i>Tatsächlich</i>				<i>Haushaltsplan</i>		<i>Veranschlagt</i>		<i>Geschätzt</i>	
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Einnahmen	2 991	3 052	3 355	3 406	3 357	3 397	3 376	3 406	3 480	3 510
Ausgaben	2 996	3 030	2 930	3 284	3 302	3 303	3 376	3 406	3 480	3 510
Reserven ¹⁾	440	565	508	1 160	1 220	1 319	1 324	1 329	1 334	1 339
Reservefonds		100	100	647	702	796	796	796	796	796
Angestrebtes Niveau des Reservefonds ²⁾	603	603	655	655	1 321	1 321	1 356	1 356	1 398	1 398

¹⁾ Reservefonds und Betriebsmittelfonds.

²⁾ Bis 2007: Angestrebtes Niveau der Reserven (Reservefonds und Betriebsmittelfonds): 10 % der veranschlagten Ausgaben pro Rechnungsperiode. Ab 2008: Angestrebtes Niveau des Reservefonds: 20 % der veranschlagten Ausgaben pro Rechnungsperiode.



50. Folgende Annahmen werden aufgestellt:

- Einnahmen und Betriebsmittelfonds: Beitritt dreier weiterer Mitglieder pro Jahr, die je 0,2 Beitragseinheiten an den Haushalt und 1 667 CHF an den Betriebsmittelfonds entrichten. Es wurde jedoch berücksichtigt, daß zwei Verbandsmitglieder mit Wirkung ab 2009 bzw. 2010 ihre Beiträge um 0,3 bzw. 1 Beitragseinheit reduzierten. Sonstige Einnahmequellen dürften unverändert bleiben. Die entsprechenden Beträge wurden etwas abgerundet eingefügt.
- Ausgaben: Trotz der weiteren Expansion der UPOV werden im Berichtszeitraum keine weiteren Mitarbeiter für das Verbandsbüro erwartet. Die Personalkosten machen 70 % des Haushalts aus und dürften jährlich um 2,0 % ansteigen. Gemäß einer Empfehlung des Rechnungsprüfers (vergleiche Dokument C/42/4, Anlage B, Absatz 12) wurden 6 % des Gehalts für Ausscheiden aus dem Dienst und medizinische Leistungen zurückgestellt. Die Kosten für Betriebsaufwand, Gerät und Bürobedarf (rund 20 % des Haushalts) wurden unverändert belassen.

51. Aus der Tabelle und dem Diagramm geht hervor, daß die Ausgaben für Reisen und vertraglich vereinbarte Dienstleistungen gemäß den Annahmen in Absatz 52 nach 2011 reduziert werden müßten, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

52. Mögliche Antworten für diese Situation sind u. a.:

- Reduzierung der aus dem Haushalt finanzierten Dienstreisen zu neuen und künftigen Mitgliedern, die beispielsweise durch Videokonferenzen, Fernlehrgänge ersetzt werden könnten;
- zusätzliche außeretatmäßige Finanzierung;
- höhere Einnahmen aus Dienstleistungen an den Privatsektor (z. B. Fernlehrgänge, Zugang zu Datenbanken);
- Anhebung der Anzahl Beitragseinheiten durch bestehende Verbandsmitglieder;
- mehr neue Mitglieder und/oder mehr Beitragseinheiten dieser neuen Mitglieder, und
- Anhebung der Höhe einer Beitragseinheit.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

VERFAHREN ZUR HAUSHALTAUFSTELLUNG

1. Die Beschreibung der Verfahren zur Aufstellung des ordentlichen Haushaltsplans sieht die Kodifizierung und Klärung der Haushaltspraxis sowie die Rolle der verschiedenen Abschnitte in diesem Entwurf eines Programms und Haushaltsplans vor. Der Prozeß der Haushaltsaufstellung beginnt mit dem angenommenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 und schließt mit dem vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011, indem die Veränderung der Mittel zwischen dem Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2008-2009 und dem vorgeschlagenen Haushaltsplan für die Rechnungsperiode 2010-2011 einbezogen wird. Tabelle 4 faßt die in dieser Anlage I erörterten Hauptindikatoren zusammen.
2. Haushaltsplan 2008-2009: Der Ausgangspunkt für den Haushaltsplan ist in Dokument C/41/4 dargelegt. Die Ergebnisse der Zwischenbilanz 2008 (Dokument C/43/11) und die jüngsten Informationen über den Cash-flow sind berücksichtigt.
3. Vorgeschlagener Haushaltsplan 2010-2011: Der vorgeschlagene Haushaltsplan ist das Ergebnis der Addition der Veränderung der Mittel gegenüber dem Haushaltsplan 2008-2009 und der darauffolgenden Anpassungen der Ausgabenposten gemäß den UPOV-Prioritäten.
5. Ein Mittelplan über zehn Jahre ist in Tabelle 9 dieses Dokuments wiedergegeben, um einen globalen Finanzüberblick, einschließlich der Haushaltsvoranschläge, der verfügbaren Mittel und der Bewegungen der Reserven, zu vermitteln. Dieser Mittelplan soll bei der Einschätzung der finanziellen Nachhaltigkeit des Verbandes auf mittlere Sicht behilflich sein.

[Anlage II folgt]

ANLAGE II

BEITRÄGE DER MITGLIEDER ZUM 31. JULI 2009

(in CHF)

2008 Ist	2009 Ist	Mitglieder	Anzahl Einheiten	Fällig im Januar 2010	Fällig im Januar 2011
10 728	10 728	Albanien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Argentinien	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Aserbajdschan	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Australien	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Belarus	0,20	10 728	10 728
80 462	80 462	Belgien	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Bolivien (Plurinationaler Staat)	0,20	10 728	10 728
13 410	13 410	Brasilien	0,25	13 410	13 410
10 728	10 728	Bulgarien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Chile	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	China	0,50	26 820	26 820
0	0	Costa Rica	0,20	10 728	10 728
80 462	80 462	Dänemark	0,50	26 820	26 820
268 205	268 205	Deutschland	5,00	268 205	268 205
10 728	10 728	Dominikanische Republik	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Ecuador	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Estland	0,20	10 728	10 728
268 205	268 205	Europäische Gemeinschaft	5,00	268 205	268 205
53 641	53 641	Finnland	1,00	53 641	53 641
268 205	268 205	Frankreich	5,00	268 205	268 205
0	10 728	Georgien	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Irland	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Island	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Israel	0,50	26 820	26 820
107 282	107 282	Italien	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	Japan	5,00	268 205	268 205
10 728	10 728	Jordanien	0,20	10 728	10 728
53 641	53 641	Kanada	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Kenia	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kirgisistan	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kolumbien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Kroatien	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Lettland	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Litauen	0,20	10 728	10 728

2008 Ist	2009 Ist	Mitglieder	Anzahl Einheiten	Fällig im Januar 2010	Fällig im Januar 2011
10 728	10 728	Marokko	0,20	10 728	10 728
40 231	40 231	Mexiko	0,75	40 231	40 231
53 641	53 641	Neuseeland	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Nicaragua	0,20	10 728	10 728
160 923	160 923	Niederlande	3,00	160 923	160 923
53 641	53 641	Norwegen	1,00	53 641	53 641
40 231	40 231	Österreich	0,75	40 231	40 231
10 728	10 728	Panama	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Paraguay	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Polen	0,50	26 820	26 820
26 820	10 728	Portugal	0,20	10 728	10 728
40 231	40 231	Republik Korea	0,75	40 231	40 231
10 728	10 728	Republik Moldau	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Rumänien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Russische Föderation	0,50	26 820	26 820
80 462	80 462	Schweden	1,50	80 462	80 462
80 462	80 462	Schweiz	1,50	80 462	80 462
10 728	10 728	Singapur	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Slowakei	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Slowenien	0,20	10 728	10 728
107 282	107 282	Spanien	2,00	107 282	107 282
53 641	53 641	Südafrika	1,00	53 641	53 641
10 728	10 728	Trinidad und Tobago	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Tschechische Republik	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Tunesien	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Türkei	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Ukraine	0,20	10 728	10 728
26 820	26 820	Ungarn	0,50	26 820	26 820
10 728	10 728	Uruguay	0,20	10 728	10 728
10 728	10 728	Usbekistan	0,20	10 728	10 728
107 282	107 282	Vereinigtes Königreich	2,00	107 282	107 282
268 205	268 205	Vereinigte Staaten von Amerika	5,00	268 205	268 205
10 728	10 728	Vietnam	0,20	10 728	10 728
3 256 000	3 250 636		59,80	3 207 722	3 207 722

[Anlage III folgt]

ANLAGE III

ERLÄUTERUNG DER HAUSHALTSTITEL

Einnahmequellen

Beiträge

Beiträge der Verbandsmitglieder nach dem UPOV-Übereinkommen (Artikel 29 der Akte von 1991 und Artikel 26 der Akte von 1978).

Einnahmen aus Veröffentlichungen

Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen und Produkten des Verbandsbüros.

Zinsertrag

Einnahmen aus der Verzinsung von Geldeinlagen.

Sonstige Einnahmen

Alle sonstigen, oben nicht beschriebenen Einnahmen, einschließlich Buchhaltungsberichtigungen (Gutschriften) aus früheren Jahren, Währungsanpassungen (Gutschriften) und Einnahmen zur Deckung von „Unterstützungskosten“ bezüglich außeretatmäßiger Tätigkeiten, die von der UPOV durchgeführt und aus Treuhandgeldern finanziert werden, Anteil der UPOV am gemeinsamen Einkommen der WIPO.

Ausgabenposten

Personalkosten

Posten

Bezüge des Personals, insbesondere Gehälter, Ortszuschläge, Kinderbeihilfen, Sprachenzulagen und Überstunden, Nichtansässigkeitszuschläge, Postenzuschläge und Repräsentationszuschläge sowie alle von den Mitarbeitern bezogenen Zulagen, die nicht in den Gehältern enthalten sind. Letztere umfassen: Arbeitgeberbeiträge zur Pensionskasse, Beteiligung im Rahmen des Krankenversicherungssystems, Beitrag an die Entlassungsabfindung für die Deckung der Zahlungen im Falle des Ausscheidens aus dem Dienst, Studienbeihilfen, Umzugskosten, Reisekosten für unterhaltsberechtigte, in der Ausbildung befindliche Kinder, Heimaturlaub, Einrichtungsbeihilfen am Dienort, Berufsunfallversicherungsprämien, Rückerstattung nationaler Einkommensteuern auf die vom Verbandsbüro gezahlten Gehälter sowie sonstige vom Verbandsbüro gezahlte Zulagen, Entschädigungen oder Beihilfen.

Ausgaben für Zeitverträge

Bezüge und Zulagen für Mitarbeiter in befristeter Anstellung.

Nichtpersonalkosten

Reisen und Stipendien

Dienstreisen

Reisekosten und Tagegelder für Personal und im Hauptsitz stationierte Berater des Verbandsbüros auf Dienstreisen.

Reisen Dritter

Reisekosten und Tagegelder für Regierungsbeamte, Teilnehmer und Referenten, die an von der UPOV finanzierten Tagungen teilnehmen.

Stipendien

Reisekosten, Tagegelder sowie Ausbildungs- und sonstige Gebühren im Zusammenhang mit der Teilnahme von Auszubildenden an Lehrgängen und Seminaren, langfristige Stipendien.

Vertraglich vereinbarte Dienste

Konferenzdienste

Honorare, Reisekosten und Tagegelder für Dolmetscher, Anmietung von Konferenz- und Simultanübersetzungsanlagen, Erfrischungen und Empfänge sowie die Kosten für alle sonstigen unmittelbar mit der Veranstaltung einer Konferenz verbundenen Dienste.

Berater

Alle mit der Beschäftigung von Beratern verbundenen Kosten, insbesondere: Honorare, Reisekosten und Tagegelder, mit Ausnahme der Kosten für Dienstreisen der im Hauptsitz stationierten Berater, sowie Honorare für Referenten.

Veröffentlichungen

Druck und Binden extern: Fachzeitschriften: Papier und Druck, sonstige Druckerarbeiten: Abdruck von in den Fachzeitschriften erschienenen Artikeln, Broschüren, Verträge, Sammlungen von Gesetzestexten, Handbücher, Arbeitsformulare und sonstiges gedrucktes Material, Herstellung von CD-ROM, Videofilmen, Tonbändern und sonstigen Formen der elektronischen Veröffentlichung.

Sonstige Dienstleistungen

Honorare für die Übersetzung von Dokumenten, Miete von Computerzeit, Kosten für Personalausbildung, Einstellungskosten und sonstige vertraglich vereinbarte externe Dienste.

Betriebsaufwand

Alle Ausgaben aus dem Erwerb, der Anmietung, Verbesserung und Instandhaltung von Büroräumen und der Anmietung oder Wartung von Ausrüstungen und Mobiliar. Kosten für Nachrichtenverbindungen wie Fernsprehdienst, Telegramme, Fernschreiber, Faksimile und

Postgebühren, Aufgabe und Beförderung von Dokumenten, sonstige Kosten wie medizinische Versorgung, Unterbringungsdiens, Verwaltungsgericht, Personalverband, Bewirtung, Bankgebühren, Zinsen für Bank- und andere Kredite (mit Ausnahme von Baukrediten), Währungsangleichungen (Lastschriften), Buchprüfungsgebühren, unvorhergesehene Ausgaben und Buchhaltungsberichtigungen (Lastschriften) für frühere Jahre, Beiträge an gemeinsame administrative Tätigkeiten im System der Vereinten Nationen sowie alle gemeinsamen Ausgaben, die entweder mit den gemeinsamen Tätigkeiten mit der WIPO oder den von der WIPO tatsächlich erbrachten Dienstleistungen verbunden sind.

Gerät und Bürobedarf

Mobiliar und Gerät

Ankauf von Mobiliar und Gerät, insbesondere: Büromöbel und Büromaschinen, Text- und Datenverarbeitungsgeräte, Konferenztische, Vervielfältigungsgeräte, Transportmittel.

Bürobedarf und Material

Alles Material, insbesondere: Schreibpapier und Büromaterial, Material für die Vervielfältigung im Hause (Offset, Mikrofilm usw.), Bücher für die Bücherei und Bezug von Fachzeitschriften und regelmäßig erscheinenden Veröffentlichungen, Uniformen, Material für die Datenverarbeitung, Computersoftware und Lizenzen.

Programm

Hauptprogramm: Die UPOV besteht aus einem Hauptprogramm, das aufgestellt wurde, um die von ihrer Mitgliedschaft festgelegten Prioritäten zu verwirklichen. Seine übergreifenden Ziele sind nach Kategorien auf Ebene der Unterprogramme gegliedert.

Unterprogramme: Das UPOV-Hauptprogramm ist in vier Unterprogramme (UV.1-UV.4) gegliedert. Die Fortschritte in jedem Unterprogramm werden anhand zuvor festgelegter Ziele gemessen. Dieses Verfahren unterstützt die effiziente und kostenwirksame Verwendung der Mittel und die Aufrechterhaltung eines Systems der Rechenschaftspflicht für die Umsetzung der Programme.

[Ende der Anlage III und des Dokuments]